



Innenminister Schlie: Polizei muss sich auf ihre Kernaufgaben reduzieren

Kiel – Große Veränderungen stehen der Landespolizei ins Haus, wenn die Pläne von Innenminister Klaus Schlie Realität werden sollten. Dieser will langfristig die so genannte „strategische Lücke“ schließen. Konkret bedeutet das: Die Lücke zwischen wachsenden Herausforderungen und vorhandenem Personal bei der Landespolizei müsse verkleinert werden. Mindestens 160 Beamtinnen und Beamte der Landespolizei fehlten Berechnungen zufolge im polizeilichen Aufgabenvollzug, dem so genannten operativen Polizeidienst. Das hierfür benötigte Personal soll durch den Abbau von Aufgaben der Landespolizei freigesetzt und dorthin umverteilt werden, wo es zurzeit am dringendsten mangelt. „Weil es kein frisches Geld für zusätzliche Stellen gibt, muss sich die Polizei deshalb auf ihre Kernaufgaben der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung konzentrieren“, sagte Schlie, flankiert von Landespolizeidirektor Burkhard Hamm und Bernd Lohse, dem Leiter des Referates für polizeilichen Aufgabenvollzug im Innenministerium, bei einer Pressekonferenz. Vorher hatte der Minister sowohl den Hauptpersonalrat sowie die GdP über seine Absichten informiert und einen Mitarbeiterbrief ins Land gestreut. Die Polizei erfülle die ständig wachsenden Aufgaben seit Jahren aus der Substanz, erklärte Klaus Schlie den Pressevertretern. Die Bekämpfung der Rockerkriminalität, Einsätze bei Fußballspielen und Demonstrationen sowie dauerhafte Schutzmaßnahmen, jugendliche Intensivtäter, Gewaltprävention in der Schule, Amok-Bedrohungslagen, Internetkriminalität, organisierte Kriminalität oder die Kinderpornographie seien seit Jahren aus der Substanz des vorhandenen Personals erfüllt worden und hätten folglich die Landespolizei an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gebracht. „Keine Organisation kann mit zu wenig Personal dauerhaft effektiv arbeiten“, sagte Schlie. Entscheidungen seien jetzt erforderlich. Zahlreiche Aufgaben müssten künftig wegfallen. Dies jedoch nicht, weil sie überflüssig

seien, betonte der Innenminister mehrmals. Sie müssten aber nicht zwingend von der Polizei wahrgenommen werden, weil sie nicht zum Kernbereich der Aufgaben einer Landespolizei gehörten. Auf der Streichliste des Innenministers stehen demnach die Big-Band, die Polizeishows in Kiel und Neumünster, die Begleitung von Schwertransporten sowie die Überwachung der Bestimmungen für die Sicherheit von Hafenanlagen. Auch wenn die Prävention in Kindertagesstätten und Schulen nach Aussage des Ministers weiter ein Schwerpunkt polizeilicher Arbeit bliebe, könne diese Aufgabe jedoch angesichts zurückgehender Kinderzahlen künftig mit weniger Personal erledigt werden. Auf eine konkrete Zahl vermochte sich Klaus Schlie jedoch nicht festzulegen. „Mit wie viel genau, das wird in einem Gesamtkonzept für die polizeiliche Präventionsarbeit entschieden“, so der CDU-Politiker. Auf den Prüfstand komme darüber hinaus die Möglichkeit der Zentralisierung der Polizeiausbildung in Eutin (Kreis Ostholstein) oder in Altenholz (Kreis Rendsburg-Eckernförde), aber auch die Zusammenlegung von Polizeibezirksrevieren mit Polizeiautobahnrevieren, die Auflösung der Verkehrsunfalldienste in Kiel und Lübeck sowie eine Verlagerung der polizeilichen Unfallursachenforschung zu den Straßenverkehrsbehörden. Untersucht werde den Erläuterungen Schlies zufolge auch, welchen Beitrag der zentrale Verkehrsüberwachungsdienst in Neumünster leisten könne sowie eine mögliche Ausgliederung des IT-Bereichs und eine Personalreduzierung für das Qualitätsmanagement, den ärztlichen Dienst und die Öffentlichkeitsarbeit. Letztlich solle auch die Frage beantwortet werden, inwieweit zusätzliche Zeitgewinne durch eine Verringerung des Anspruchs auf Bildungsurlaub für die Umsteuerung von Personal genutzt werden könnten. „Der Wegfall dieser Aufgaben bringt die Grundpfeiler der Inneren Sicherheit nicht ins Wanken“, sagte Schlie. Aber die Entscheidung sei ihm auch nicht leicht

gefallen, es gebe jedoch keine Alternative. Der Landeshaushalt lasse keine andere Wahl. „Das Wünschenswerte muss hinter das Notwendige zurücktreten. Aber ich rechne noch mit erheblichen Widerständen“, so der Innenminister.



Innenminister Klaus Schlie sieht die Aufgabenreduzierung bei der Polizei als alternativlos.
Foto: Thomas Gründemann

Unklar sei jedoch, wie viele Polizeibeamte zusätzlich für Einsätze, Präsenz und Ermittlungsarbeit zur Verfügung gestellt werden könnten, wenn alle Maßnahmen umgesetzt seien. „Das lässt sich derzeit noch nicht exakt beziffern. Nach derzeitigem Planungsstand sowie einer ersten polizeifachlichen Bewertung könnten bis zu 100 Stellen in andere Aufgabenbereiche umgesteuert werden“, so Klaus Schlie. Einige Entscheidungen könnten sehr rasch umgesetzt werden, andere bräuchten eine gewisse Zeit“, erläuterte der Minister. Dabei müsse auch auf Verträge und Mietverhältnisse Rücksicht genommen werden. „Die Umsetzung wird auf jeden Fall sozialverträglich und möglichst einvernehmlich mit den Betroffenen erfolgen“, versprach der Christdemokrat in einem Mitarbeiterschreiben

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

und warb um Verständnis für seine Entscheidung, die ausschließlich von dem Gedanken getragen sei, die Dienststellen vor Ort zu verstärken und die Handlungsfähigkeit der Landespolizei in den gesetzlich aufgetragenen Aufgabenfeldern zu erhalten.

Die Polizeiführung habe die „Sicherheit im Einsatz“ als Schwerpunktthema ausgerufen. Deshalb sehe er in der vorgesehenen personellen Stärkung der Einsatz- und Ermittlungsbereiche auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Sicherheit der Einsatzkräfte, so Klaus Schlie.

Und der Innenminister hatte seine „Hausaufgaben“ gemacht. Er habe seine Entscheidung mit der Polizeiführung vorbereitet und auch der Haushaltsstruktur-

kommission vorgestellt. Vor der Veröffentlichung seiner Planungen habe er sich zudem „grünes Licht“ von den regierungstragenden Fraktionen geholt. Und auch Ministerpräsident Peter Harry Carstensen habe ihm seine Rückendeckung versprochen, so der Innenminister. Große Unruhe lösten die Ankündigungen des Innenministers aus, die Polizeiausbildung in Eutin und Altenholz zu zentralisieren. Vor allem in Eutin herrschte öffentliche „Alarmstim-

mung“. „Der Standort der PDAFB Eutin stehe überhaupt nicht zur Debatte, hieß es beruhigend aus dem Innenministerium. Zu den geplanten Änderungen im Ausbildungsbereich gehöre eine gemeinsame Leitung, erfuhr das DP-Landesjournal. Dies gelte auch für die angekündigte Zusammenlegung von Polizei-Bezirksrevieren mit Polizeiautobahnrevieren, wurde auf Nachfrage berichtet.

Thomas Gründemann

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 6/2010:
Donnerstag, 6. Mai 2010



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentell:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

INTERVIEW

Malchow: Unmut und Enttäuschung sind verständlich

Eutin – Zur geplanten Aufgabenreduzierung bei der Landespolizei (siehe Bericht auf Seite 1) sprach DP-Landesredakteur Thomas Gründemann mit dem GdP-Landesvorsitzenden Oliver Malchow.

Wie bewertest du die Entscheidungen des Innenministers zur Reduzierung der Aufgaben der Landespolizei?

Wir haben als GdP immer auf die Belastung der Beschäftigten in der Polizei hingewiesen und Personalmehrungen gefordert, um den bestehenden Arbeitszuwächsen begegnen zu können. Sollte eine Verstärkung des Personalbestandes nicht erfolgen, haben wir die Politik aufgefordert, die Verantwortung für Aufgabenreduzierung zu übernehmen. Dem scheint der Innenminister jetzt zu folgen.

War für dich eine überraschende Entscheidung dabei?

Überraschend war für mich eigentlich nur, dass sich ein Innenminister zu diesen Veränderungen entschieden hat.

Wird jetzt alles gut in der Landespolizei?

Es ist zurzeit ziemlich vieles gut in der Landespolizei. Dies vor allem, weil die Kolleginnen und Kollegen verantwortungsvoll ihre Aufgaben wahrgenommen haben und sich den Herausforderungen und Erschwernissen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gestellt haben. Das gilt auch für die Bereiche, die nun nicht mehr von der Polizei wahrgenommen werden sollen. Ob das gut für die Polizei und die Schleswig-Holsteiner ist, ist eher zweifelhaft. Unstrittig ist, dass wir dadurch keine bessere Polizei haben werden. Schließlich geben wir bei einer Um-



Oliver Malchow beobachtet die Aufgabenreduzierung mit Skepsis. Foto: Gründemann

setzung bedeutsame Aufgaben auf, die wir im Sinne der Bevölkerung erledigt haben, um nun dafür jetzt andere machen zu können. Die Aufgaben sind also immer noch da. Wer sie zukünftig außerhalb der Polizei machen wird, ist unklar.

Der Innenminister hat erklärt, mit dieser Aufgabenreduzierung der Landespolizei wenigstens den derzeitigen Personalbestand zu halten. Dabei verweist er darauf, sich der Zustimmung der regierungstragenden Fraktionen und des Ministerpräsidenten gewiss zu sein. Wie groß ist das Vertrauen der GdP in eine solche Aussage?



INTERVIEW

Wer die Aufgabenreduzierung vornimmt, um Personal abzubauen, missachtet die Belastungszunahme der Polizei in den vergangenen Jahren. Außerdem nimmt er nicht wahr, welche Defizite heute bestehen. Übrigens ist mir kein ernstzunehmender politisch Verantwortlicher bekannt, der unsere Beschreibungen der Belastung in Frage gestellt hat. Es bleibt dabei: Wer Personal reduzieren will, muss sagen, was wir nicht machen sollen. Na ja! Und was die Zuverlässigkeit politischer Verlautbarungen betrifft, haben wir in der Vergangenheit bereits teure Erfahrungen gemacht. Dennoch müssen wir darauf vertrauen, dass Wort gehalten wird.

Bei den von den beabsichtigten Aufgabenreduzierungen betroffenen Polizisten haben die Entscheidungen des IM zu großer Unruhe und Enttäuschung geführt? Inwiefern hast du dafür Verständnis?

Alle möglicherweise betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben mit großem Engagement ihre Aufgaben wahrgenommen und mit zu dem positiven Bild dieser Landespolizei beigetragen. Die Unruhe und Enttäuschung zeigen doch, wie sehr sich diese mit ihren Aufgaben identifiziert haben und mit wie viel Freude und Verantwortungsgefühl ausgefüllt haben. Insofern sind diese Gefühle für mich

mehr als verständlich. Der Hinweis auf: „Es geht doch nicht um ihre Arbeitsleistung!“ leitet fehl, es geht nicht um sachliche Bewertung, sondern um Betroffenheit.

Welche Rollen werden bei der Umsetzung der politischen Entscheidungen des Innenministers die GdP und Personalräte übernehmen können?

Zunächst ist der tatsächliche Rahmen zu verhandeln und dann sind sozialverträgliche Lösungen zu vereinbaren. Hier werden GdP und die Personalvertretungen gemeinsam den Betroffenen zur Seite stehen.

AUS DEN REGIONALGRUPPEN

Vertrauen für Vorstand

Innenminister Klaus Schlie und Abteilungsleiter Jörg Muhlack zu Gast bei Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn

Sandesneben – Die Mitglieder der GdP-Regionalgruppe Lauenburg-Stormarn setzen weiter auf den bewährten Vorstand. Bei der Jahreshauptversammlung in Sandesneben wurden der Vorsitzende Manfred Börner sowie seine Stellvertreter Eckard von Kleist und Horst Reichgardt genauso wie der gesamte Rest der Vorstandsmitglieder einstimmig in ihren Ämtern bestätigt beziehungsweise gewählt. Bemerkenswerter Beweis von Vertrauen und Zufriedenheit: Auf Wunsch der Mehrheit der anwesenden Mitglieder wurde der gesamte Vorstand im Block gewählt. Und der Blick in den Saal dürfte den Vorstandsmitgliedern ebenfalls Freude bereitet haben. Zum einen war die Resonanz mit 106 anwesenden Regionalgruppenmitgliedern beachtlich, zum anderen bildeten viele aktive Kolleginnen und Kollegen das Gros der Versammlungsteilnehmer.

Der amtierende Direktionsleiter Holger Meinke hatte es in seinen Grußworten im Sinne der Mitglieder offenbar auf den Punkt gebracht. „Der Regionalgruppenvorstand hat seine Ziele und Erwartungen erfüllt“, lobte der Polizeidirektor die Frauen und Männer um Manfred Börner. Die hiesige GdP habe auch einen großen Beitrag beim Zusammenwachsen der ehemaligen Polizeiinspektionen Ratzeburg und Bad Oldesloe zur Polizeidirektion geleistet. Zuvor hatte Manfred Börner in sei-

nem Geschäftsbericht vor 106 Regionalgruppenmitgliedern ein ereignisreiches Jahr Revue passieren lassen und dabei das vielfältige GdP-Engagement vor Augen geführt. Dabei streifte der wiedergewählte 51-Jährige die gesamte Palette sowohl regionaler als auch überregionaler GdP-Themen der vergangenen zwölf Monate.

„Wir sind auf einem guten Weg“, freute sich der Vorsitzende über eine positive Mitgliederentwicklung innerhalb der Regionalgruppe. So sei sie trotz „Aktenbereinigung“ leicht angestiegen. 435 Mitglieder stehen derzeit zu Buche. Zum erweiterten Vorstand gehören insgesamt 30 Kolleginnen und Kollegen. Damit sei die GdP in jeder Dienststelle vertreten und habe so das Ohr nahe an der gesamten Mitarbeiterschaft im Bereich der Polizeidirektion Ratzeburg. Die weiteren Vorstandsmitglieder: Katrin Schacher (Schriftführerin/Beisitzerin Frauengruppe), Dirk Pohlmeier (Stellvertretender Schriftführer/Beisitzer Kripo), Eggert Werk (Kassenwart), Dennis Petschat



Der Vorstand der Regionalgruppe (v. l.): Manfred Börner, Eggert Werk, Horst Reichgardt, Hans Böschchen, Eckart von Kleist, Dirk Pohlmeier, Jörg Noak, Katrin Schacher und Dennis Petschat. Es fehlt Margrit Schlemminger. Foto: Gründemann

(Stellvertretender Kassierer), Hans Böschchen (Beisitzer Senioren), Jörg Noak (Beisitzer Junge Gruppe) und Margrit Schlemminger (Beisitzerin Tarif).

Im öffentlichen Teil erhielten die Mitglieder die Gelegenheit, Innenminister Klaus Schlie auf den Zahn zu fühlen. Dieser präsentierte sich zudem erstmals öffentlich mit dem neuen Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, Jörg Muhlack. Und beide erwiesen sich als gut abgestimmtes Duo. Während der Minister die politischen Bewertungen und Aussagen traf, überließ er zur Darstellung der polizeipraktischen Wirkungen Jörg Muhlack das Wort. „Ich halte nichts

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

von Diskussionen, die auf Differenzierungen hinausgehen“, nutzte Muhlack sein Grußwort zu einem Appell an die Geschlossenheit in der Landespolizei. Die Bestandteile des Koalitionsvertrages seien weiter bindend, unterstrich Innenminister Schlie. „Die strategische Lücke löst politischen Handlungszwang aus, so



Klaus Schlie (r.) und Jörg Muhlack standen während der Versammlung Rede und Antwort.
Foto: Gründemann

dass bei der Aufgabenwahrnehmung der Polizei Prioritäten gesetzt werden und folglich Kräfte in den operativen Dienst zu bekommen, um eine Belastungsminimierung zu erreichen. Dafür haben Sie mein Wort“, sagte Klaus Schlie. Auf Details wollte der Innenminister zu diesem Zeitpunkt nicht eingehen. Eine Absage erteilte Schlie jedoch der Forderung nach

Einrichtung einer zweiten Einsatzhundertschaft. Diese sei aus der Substanz des vorhandenen Personals nicht möglich. Zur wiederholten Verschiebung des Zeitplans bei der Inbetriebnahme der Regionalleitstellen räumte Schlie ein, über die damit einhergehenden technischen Probleme, aber auch über die Fehler bei der personellen Hinterlegung nicht ausreichend unterrichtet worden zu sein. Gleichzeitig kündigte der Minister auch neue Überlegungen bei der Personalverteilung an. „Diese muss der Gegenwart angepasst werden. Dabei wird es absehbar in Teilen auch zu Neubewertungen kommen“, so der Innenminister. Jörg Muhlack gab gleichzeitig zu bedenken. „Bei den Kriterien zur Personalverteilung wird das Einvernehmen in der Polizei wieder bröckeln“, prognostizierte der Abteilungsleiter.

Am Ende durfte der Premierenauftritt des Innenministers mit dem Leiter der Polizeiabteilung als „erfolgreich“ bezeichnet werden, denn beiden Akteuren war es dank offener Worte gelungen, das Vertrauen aufzubauen und sich zum Abschluss eines anerkennenden Beifalls der anwesenden GdP-Mitglieder zu erfreuen.

Thomas Gründemann

Anm. d. R.: Auch zahlreiche Ehrungen wurden in der Versammlung vorgenommen. Hierüber wird in der kommenden Ausgabe berichtet.

REGIONALGRUPPEN-TERMINE

Einladung!

Nordfriesland

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 5. Mai 2010, ab 09.00 Uhr, in Paulsens Gasthof, Norderende 8, 25853 Bohmstedt.

13.30 Uhr: Diskussion zum Thema „Personalsituation in Nordfriesland“: „Die vergessene Polizeidirektion“. Gast: Jörg Muhlack, Abteilungsleiter IV 4, IM. Bitte erscheint zahlreich, um dem für unsere Polizeidirektion wichtigen Thema den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Schleswig-Holstein Mitte

Jahreshauptversammlung am Donnerstag, 3. Juni 2010, 14.00 Uhr, Hotel HANSEN, Bismarckstraße 29, 24768 Rendsburg. Ab 16.00 Uhr öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema „Polizei zwischen Sparzwängen, Gewalt und Belastung – wohin führt der Weg der Polizei in Schleswig-Holstein?“ Gäste: GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg sowie die Innen- und Rechtspolitischen Sprecher/-innen der im Landtag vertretenen Parteien.

GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren

zur Beförderung zum Ministerialdirigenten

Jörg Muhlack, RG Schleswig-Holstein Mitte

zum Leitenden Polizeidirektor

Jürgen Anhalt, RG Kiel-Plön; Thorsten Kramer, RG Schleswig-Holstein Mitte

zum Kriminaldirektor

Kai Richter, RG Kiel-Plön

zum Polizeidirektor

Jürgen Hoppe, Kai Szymuck, Michael Wilksen, RG Kiel-Plön

zum Kriminaloberrat

Rainer Bretsch, RG Schleswig-Holstein Mitte

zum Oberamtsrat

Thomas Pantzek, RG Kiel-Plön

zum/zur Polizeimeister/-in

Sonja Bartelt, Annete Behnke, Pascal Berger, Maik Bielsky, Juri Biesterfeldt, Stephan Chrapkowski, Anne-Kathrin David, Nele Dreyer, Ronja Grehm, Tore Hagedorn, Martin Hanke, Ronald Klug, Sascha Krauß, Svea Kwiatkowski, Andreas Lau, Kathleen Lennartz, Tina Löbel, Sabrina Pervölz, Camilla Petersen, Tristan Polixa, Peter Porada, Torsten

Schomann, Stephan Timm, Nadine von Hacht, Thorben Winkler, Katja Wulf, Martin Zientz, RG AFB

zur Lebenszeitanstellung

Sven Rehm, RG Justizvollzug

zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Dieter Müller, RG Lauenburg-Stormarn

zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Michael Becker RG Lübeck-Ostholstein; Martin Wulff, RG Justizvollzug

Fortsetzung auf Seite 6



PSD BauGeld

Jetzt
zugreifen!

**Wir beraten Sie auch zu staatlichen
Fördermöglichkeiten, wie z. B. Wohnbau-Riester.**

www.psd-kiel.de oder 0800/9 825 125
in Kiel, Kehdenstraße 12-16, in Flensburg, Rathausstraße 4,
in Heide, Wulf-Isebrand-Platz 10 oder in Henstedt-Ulzburg, Rathausplatz 11

WISSEN WAS SINN MACHT



Kiel eG

– Anzeige –

Vor der drohenden Zinswende günstige Kreditkonditionen sichern

Bankkunden müssen sich darauf einstellen, dass die Zeit des billigen Geldes bald vorbei ist. Darauf deuten mehrere Indizien hin: So erwarten viele Volkswirte nach einer Umfrage des Nachrichtendienstes Dow Jones Newswires ab Ende des Jahres weltweit höhere Leitzinsen. Da die Zentralbanken die Märkte in der Finanzkrise mit Geld überschwemmen, werden zudem spürbar steigende Inflationsraten befürchtet. Diese Gefahr könnte in Europa besonders groß sein, wenn der Euro-Kurs aufgrund der Währungskrise in Griechenland und anderen Staaten unter Druck gerät.

Was Zins-Sparer freut, muss Immobilienbesitzer und alle, die es werden wollen, aufmerksam werden lassen. Ihre Finanzierungskosten können bald deutlich steigen. „Wer jetzt einen Kredit aufnehmen will oder eine Umschuldung überlegt, sollte daher die noch historisch günstigen Zinskonditionen nutzen und diese auf möglichst lange Zeit festschreiben lassen“, rät Werner Mauren, Vorstand der PSD Bank Kiel eG. So ist der Immobilienbesitzer langfristig vor steigenden Kosten geschützt.

Zinsen werden üblicherweise für fünf, zehn oder 15 Jahre festgelegt (siehe Grafik). Längere Zeiträume bedeuten dabei tendenziell etwas höhere Kosten. Doch selbst Hypothekenkredite über 15 Jahre sind bei deutschen Banken zurzeit preiswert.

Für die Umschuldung gibt es mehrere Möglichkeiten. Läuft ein Darlehen gerade aus, kann frei über die Konditionen des Anschlussdarlehens verhandelt und auch das finanzierende Institut gewechselt werden. Dies ist auch problemlos möglich, deshalb sollte der Kunde immer auch Angebote anderer Institute einholen und diese vergleichen mit dem Angebot der bisher finanzierenden Bank.

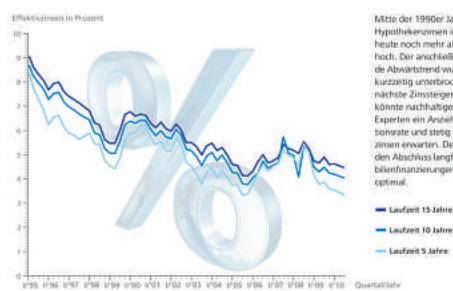
Bei noch andauernder Zinsfestschreibung wird für die Ablösung des Altcredits eine Vorfälligkeitsentschädigung fällig. Dafür sichert sich der Kunde ab sofort die günstigen

Konditionen. Immobilieneigentümer müssen hier den Vorteil der günstigeren Finanzierung mit den Kündigungskosten vergleichen.

Günstige Konditionen lassen sich auch über einen Zinssicherungskredit (Forward-Darlehn) frühzeitig festschreiben. Dann läuft das alte Darlehen noch wie vorgesehen weiter. Doch bereits jetzt – mit einer Vorlaufzeit von mehreren Jahren – werden die günstigen Konditionen festgeschrieben.

ENTLASTUNG FÜR BAUHERREN

So entwickelten sich die Zinsen für Immobilienkredite mit unterschiedlichen Laufzeiten (5, 10 und 15 Jahre) seit Anfang 1995 bis heute.



Mitte der 1990er Jahre waren die Hypothekenzinsen im Vergleich zu heute noch mehr als doppelt so hoch. Der anschließend einsetzende Abwärtstrend wurde immer nur kurzzeitig unterbrochen. Doch die nächste Zinssteigerungswelle könnte nachhaltiger sein, da viele Experten ein Ansteigen der Inflationsrate und stetig steigende Leitzinsen erwarten. Der Zeitpunkt für den Abschluss langfristiger Immobilienfinanzierungen scheint daher optimal.

PSD Bank Kiel eG

Einladung zum Seniorenseminar

Unser Seniorenseminar findet in diesem Jahr in der Zeit vom 6. bis einschließlich 8. Oktober 2010 abermals in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt.

Themen wie Beihilfe, Vorsorge in möglichst allen Facetten, aber auch Versorgung wollen wir voranbringen. Wir werden uns aber auch kennenlernen und unsere Erfahrungen austauschen.

Uns steht dort die gesamte Einrichtung mit 27 Einzel- und 16 Doppelzimmern zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang weise ich unsere gehbehinderten Kolleginnen/Kollegen darauf hin, dass im gesamten Haus ebenerdig lediglich drei Einzelzimmer vorhanden sind!

Ehe- bzw. Lebenspartner, die an dem Seminar teilnehmen möchten, sind selbstverständlich sehr herzlich willkommen. Für sie entstehen anteilige Kosten in Höhe von 115 €.

Die Eigenbeteiligung für GdP-Mitglieder beträgt – wie in den Vorjahren – 15 €.

Anmeldungen für das Seminar nimmt ab sofort auf der GdP-Geschäftsstelle Dorith Stubenrauch-Schulz, Tel.: 0431-122-1015, entgegen.

Ich selbst bin gespannt, freue mich sehr auf das Seminar und von den Teilnehmern auf Anregungen für meine weitere Tätigkeit.

Gut, dass es sie gibt – die **GdP-Senioren!**

Frank Poster

Landesseniorenvorsitzender

Fortsetzung von Seite 4

zur Diamantenen Hochzeit

Uwe Petersen und Ehefrau, RG Schleswig-Flensburg

zur Silberhochzeit

Bernhard Gesk und Ehefrau, RG Schleswig-Flensburg; Anke Kawald und Ehemann, RG Steinburg-Dithmarschen.

zur Vermählung

Frank Jeschkowski und Ehefrau, RG Lübeck-Ostholstein

In den Ruhestand traten

Bernd Jens, Rudolf Meißner, RG Kiel-Plön; Michael Hormann, RG Lauenburg-Stormarn; Joachim Görrissen, Claus Kęcinski, RG Schleswig-Flensburg; Volker Zarpe, RG Schleswig-Holstein Mitte

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.

SONDERZUWENDUNG 2003

Keine weiteren Klagen vor Verwaltungsgericht verfolgen

Bundesverfassungsgericht entscheidet über Beamtentalimentation

KIEL/SCHLESWIG. 2003 hatte die damalige rot-grüne Landesregierung die Sonderzuwendung erheblich gekürzt. Zudem war die Abfolge umstritten: Die Kürzung erfolgte, als das Gesetz noch nicht veröffentlicht war. Mit GdP-Rechtsschutz wurde geklagt. Das Verwaltungsgericht Schleswig wies die Ansprüche zurück. Berufung wurde nicht zugelassen. In Karlsruhe steht jetzt eine grundsätzliche Klage über eine verfassungsgemäße Beamtentalimentation an.

2003: Es sollte eine Einsparung der besonderen Art sein: Die rot-grüne Landesregierung kürzte die Sonderzuwendung der Beamtinnen und Beamten – gestaffelt nach Besoldungsgruppen – um ca. ein Drittel. Rechtsgrundlage war zum damaligen Zeitpunkt ein gerade erst fertig gestelltes Gesetz auf Bundesebene, das den Startschuss für weitere Föderalisierungen bot.

Zum Einen erregte die Kürzung die Gemüter, zum Anderen war in dem Landesgesetz noch nicht einmal die Tinte trocken, als das Landesbesoldungsamt die Kürzungen vornahm. Üblich ist, dass ein Gesetz erst dann rechtswirksam wird, wenn es veröffentlicht ist.

Mit Musterklägern und GdP-Rechtsschutz wurde vor dem schleswig-holsteinischen Verwaltungsgericht geklagt. Die erste Instanz ging verloren, Berufung war nicht zugelassen. Es folgte Berufungszulassungsbeschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht. Erst im März 2010 beschäftigten sich die Richter aus Schleswig mit den Beschwerden. Sie wurden zurückgewiesen. Ihre Begründung: Dass die um einen Teil gekürzte Sonderzuwendung noch oberhalb der durch den hergebrachten Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation liegt.

Die GdP empfiehlt, keine weiteren Schritte zu unternehmen. Das Finanzverwaltungsamt versendet zurzeit allen An-

tragstellern und Widerspruchsführern Briefe mit der Frage, ob ein weiteres Verfahren gewünscht wird. Doch angesichts der eindeutigen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes sollte dies nicht erfolgen.

Vor dem Bundesverfassungsgericht steht nämlich die wesentlich wichtigere Frage zur Entscheidung an, ob die gänzliche Kürzung des Weihnachtsgeldes für den gehobenen und höheren Dienst sowie die teilweise Kürzung im Jahr 2007 für den mittleren Dienst der Gesamtalimentation von Beamtinnen und Beamten noch gerecht wird. Dies ist umso bedeutsamer, als es bereits mehrere Vorlagenbeschlüsse verschiedener Verwaltungsgerichte aus dem gesamten Bundesgebiet gibt.

Ein Termin in Karlsruhe ist bisher nicht bekannt.

rr



„Kurz mal ausspannen...“ schon ab 169 €
Vom 11. bis 13. Juni 2010 Kurzurlaub mit maritimen Flair in Göteborg

Alt und Neu verschmelzen in kaum einer Stadt auf so charmante Weise wie in Göteborg. Die zweitgrößte Stadt Schwedens weiß mit Geschichte und Sehenswürdigkeiten ebenso zu punkten wie mit zukunftsgerichtetem Flair und Modernität. So ist es von der beeindruckenden Architektur der Oper nur ein Katzensprung zu schicken Boutiquen oder zur Kronenschanze aus dem 17. Jahrhundert. Auf den Spuren des Stadtvaters König Gustav II. Adolf begegnen dem interessierten Auge und auch dem Gaumen landestypische wie internationale Einflüsse. Weltoffen, ohne die eigene Identität zu verlieren – diesen Spagat beherrscht Göteborg mit einem herzlichen Lächeln.

Leistungen:

- **Seereise Kiel - Göteborg – Kiel**
- **2 x Übernachtung Zwei-Bett-Kabine mit DU/WC innen**
- **2 x Frühstücksbüfett an Bord**
- **1 x Taste-Büfett inkl. Getränken (Bier, Tischweine & Softdrinks)**
- **24-Stunden-Netzticket öffentliche Verkehrsmittel Göteborg**

PSW-Spezial-Preis 169,- € p. P.

Außenkabine:	+ 24 €
Einzelkabine innen	+ 70 €
Einzelkabine außen	+ 94 €
Auf Wunsch:	
Skandinavisches Büfett:	+ 29 €
inkl. Bier, Tischweine & Softdrinks	am 12.6.2010

Reiseverlauf: Freitag, 11.6.: Anreise nach Kiel mit PKW oder Bahn. An Bord beziehen Sie Ihre gebuchte Kabine und haben Gelegenheit, das Ablegen des Schiffes zu beobachten. Um 18.30 Uhr Abendessen im Restaurant: Ein umfangreiches Warm-Kalt-Büfett mit skandinavischen Delikatessen erwartet Sie. Die Getränke Bier, Tischweine & Softdrinks sind inklusive. **Samstag, 12.6.:** Aufwachen auf See! Zum Frühstück erleben Sie den Ausblick auf die faszinierende Schärenwelt der schwedischen Westküste. Um 9 Uhr Ankunft in Göteborg. Es folgt das Ausschiffen. Ein 10-stündiger Tageaufenthalt lädt dazu ein, Stadt und Umgebung zu erkunden. Für Ihr Fortkommen sorgt eine 24-Stunden-Netzkarte für Straßenbahn, Linienboot und Bus der Region Göteborg. Das Schiff nach Kiel verlässt Schweden um 19.00 Uhr. Für das Abendessen können Sie entweder ein weiteres Büfett fakultativ buchen oder das À la Carte-Restaurant oder das Bistro besuchen. **Sonntag, 13.6.:** Am nächsten Morgen erreichen Sie Kiel nach dem Frühstück. Bis zur Ankunft um 09.00 Uhr ist Zeit für einen Bummel über das Oberdeck.

(Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten.)

Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen; Veranstalter: Stena Line, Kiel

Nähere Informationen und Buchungen bei uns:**PSW-Reisen**

Max-Giese-Str. 22, 24116 Kiel
 Telefon 0431-17093 / Fax 0431-17092
 eMail: psw-reisen.kiel@t-online.de

Hans-Böckler-Str. 2, 23560 Lübeck
 Telefon 0451-5021736 / Fax 0451-5021758
 eMail: psw-reisen.luebeck@t-online.de

Weitere Infos: www.psw-tours.de

Justizminister empfängt GdP

Kiel, 26. März 2010: Zu einem Gespräch trafen Vertreter der Gewerkschaft der Polizei und Justizminister Emil Schmalfuß zusammen.

Landesgeschäftsführer der GdP, Karl-Hermann Rehr, der Stellvertretende Landesvorsitzende Manfred Börner sowie Thorsten Schwarzstock und Olaf Müller vom Vorstand der Regionalgruppe Justizvollzug nahmen diesen Termin war.

Auf Ministeriumsseite neben dem Minister dabei: Michael Dölp, Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration, der Leiter des Stabsbereiches Dr. Dr. Jan Backmann, die persönliche Referentin des Ministers, Dr. Ute Scholz, sowie Pressesprecher Oliver Breuer.

Wichtigster Erörterungspunkt: Der Haushalt 2011/2012 und damit verbundene Einsparungen im Justizvollzug.

Die Sparpläne der Landesregierung sehen Einsparungen in allen Ressorts vor, insgesamt sind 5600 Stellenstreichungen in der Landesverwaltung vorzunehmen.

Das Justizministerium selbst hat 141 Stellen einzusparen. Davon sollen 2,5%, also rund 24 Stellen, auf den Justizvollzug entfallen. Weitere 10% Kosten sollen jährlich im



Das Gespräch mit Justizminister Emil Schmalfuß (Mitte) führten Manfred Börner, Olaf Müller, Thorsten Schwarzstock und Karl-Hermann Rehr (v. l.).

Baubereich eingespart werden, ansonsten sind keine Sachmittelkürzungen vorgesehen.

Entscheidungen über Einsparungen sind bisher noch nicht getroffen, hierüber beschließt die Haushaltsstrukturkommission ab Mai 2010.

Minister Schmalfuß betonte aber ausdrücklich, dass die im Koalitionsvertrag gewährleistete angemessene Personalausstattung der Justizvollzugsanstalten gegenüber dem Finanzminister verteidigt wird.

Ein aktueller Gesprächspunkt war die öffentliche Debatte über eine mögliche Schließung der JVA Flensburg. Der Minis-

ter relativierte die Aussage des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki, wonach ein Verzicht auf die beiden kleinen Vollzugsanstalten Itzehoe und Flensburg auf dem Prüfstand steht. „Die Prüfung der Schließung einer JVA darf nicht nach Wirtschaftlichkeitsprüfungen erfolgen“, so Schmalfuß.

Neben der Haushaltsplanung wurden auch der Erhalt der besonderen Altersgrenze für Vollzugsbeamte, Mitbestimmungskultur sowie Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Gesprächsthemen angemeldet. Manfred Börner und Thorsten Schwarzstock wiesen gegenüber



den Vertretern des Justizministeriums noch einmal auf die gesonderte Altersgrenze für Vollzugsbeamte hin.

Die GdP warnte eindringlich vor den möglichen Folgen einer Erhöhung, das Pen-

sionsalter muss bei 60 Jahren bleiben. Beide Seiten waren sich einig, dass der Schicht- und Wechselschichtdienst eine anerkannte Belastung für die Bediensteten darstellt. Eine Prüfung zum Erhalt der besonderen

Altersgrenze wird durch die Haushaltsstrukturkommission erfolgen, von Seiten des Justizministeriums wird es aber keine Forderung nach einer Änderung geben.

ANMERKUNGEN VON GdP-GESCHÄFTSFÜHRER KARL-HERMANN REHR

Und was sonst noch so war ...

5. März

Sitzung der Rechtsschutzkommission. Auf dem Tisch liegt der Fall eines Kollegen. Dem Antrag zugrunde liegen Streitigkeiten über eine Reihe dienstinterner Angelegenheiten. Eine Sache macht uns besonders stutzig: Bei einem zufälligen Durchblättern seiner Personalakte fällt dem Beamten auf, dass in seiner Akte eine völlig andere Beurteilung abgehftet ist als die, die er ausgehändigt bekam. Die in der Personalakte war schlechter als die, die er in den Händen hielt. Auf seine Recherchen hin wurde nüchtern festgestellt, der Beurteiler habe sie im Nachhinein „herunter koordiniert“, man habe lediglich im Anschluss vergessen, ihm die neue Beurteilung auszuhändigen. Der Rechtsschutzkommission sind solche Fälle bisher nicht bekannt geworden. Nicht nur deshalb, aber auch deswegen, erhält der Antragsteller Rechtsschutz.

9. März

11.00 Uhr – Oliver Malchow und ich sitzen im Landespolizeiamt in großer Runde. Ausgangspunkt für diesen Termin, an dem neben dem Landespolizeidirektor auch die Abteilungsleiter und die Gleichstellungsbeauftragte teilnehmen, waren Pressemeldungen der GdP zu Pfefferspray, Winterreifen, Regionaleinsatzleitstellen u. Ä. Sowohl die Vertreter des Landespolizeiamtes als auch wir stellen unsere Positionen dar. Dabei werden auch andere Themen angesprochen, wie z. B. die Blutprobenabnahme, aber auch ganz besonders die Belastungen der Landespolizei. Fazit: Gespräche dieser Art sind sinnvoll, weil im direkten Dialog manche Mutmaßung unterbleibt.

10. März

14.00 Uhr – Besuch von Vertretern der Industrie- und Handelskammer zu Kiel in der Geschäftsstelle. Unser Thema: Schäden bei Unternehmen durch kriminelles Nutzen des Internets. Für die IHK nehmen deren Geschäftsführer Dr. Kruse sowie Herr Mazurkiewicz, für

die GdP Gerd Prasse und ich teil. Im Kern geht es um die Verhinderungen der Straftaten, die über dieses Medium ausgeübt werden. Die Ergebnisse sollen in die Kriminalpolitische Fachtagung der GdP, die für November terminiert ist, einfließen.

12. März

Heute Vormittag mache ich einen kurzen Besuch beim neuen Personalreferenten der Polizei im Innenministerium, Jürgen Anhalt. Anhalt, der vorher Direktionsleiter in Ratzeburg war, sitzt seit Jahresanfang in Kiel. Wir sprechen nicht nur über Grundsätze der Zusammenarbeit, sondern auch über die Situation der Tarifbeschäftigten gerade im Landespolizeiamt. Wegen Eingruppierungsklagen mehrerer Beschäftigter hatte das zuständige Arbeitsgericht Kiel ein Musterverfahren vorgeschlagen. Wir beide sind der Meinung, dass dem gefolgt werden soll.

19. März

8.45 Uhr – Thorsten Schwarzstock, Vorsitzender der Regionalgruppe JVA, ist in der Geschäftsstelle. Wir haben uns verabredet, um über einen komplizierten Rechtsschutzfall zu sprechen. Daneben berühren wir weitere Punkte, die für den Justizvollzug wichtig sind: Dienstbekleidung, Arbeitszeit, Umgang von Vorgesetzten mit Nachgeordneten und das Auftreten der neuen Führungsspitze im Justizministerium.

22. März

Gleich zu Wochenbeginn geht es wieder um das Thema Justizvollzug. Am Wochenende meldete die Zeitung „Schleswig-Holstein am Sonntag“, dass die Justizvollzugsanstalt Flensburg im Rahmen von Einsparungen geschlossen werden soll. Es ist klar, dass dies die Aufregung nicht nur unter den Beschäftigten fördert. Nach und nach äußern sich alle Fraktionen des Landtages. Die Führung der Regionalgruppe verteilt ein Flugblatt und verweist auf ein Gespräch, das für den kommenden Freitag beim Justizminister vereinbart ist.

25. und 26. März

An beiden Tagen dreht sich wieder vieles um die angekündigte Schließung der JVA Flensburg. Am 25. März sitze ich nachmittags bei Silke Hinrichsen, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden vom SSW, in ihrem Landeshausbüro. Hinrichsen ist nicht nur Rechts- und Innenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion, sondern gehört auch dem Anstaltsbeirat in Flensburg an. Klar, dass sie gegen eine Schließung ist: „Der Norden braucht sein Gefängnis.“ Am 26. März sitzen wir beim Justizminister. Dazu wird in diesem Heft an anderer Stelle berichtet.

26. März

11.00 Uhr – Sitzung der GdP-Rechtsschutzkommission. Auf dem Tisch der Fall eines Kollegen. Er wurde im Jahre 2006 aus dem Amt des Ersten Polizeihauptkommissars in den Ruhestand versetzt. Das Amt hatte er 19 Monate inne, die Funktion jedoch mehr als vier Jahre. Eine Beförderung fand aus Kassengründen nicht statt.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 20. März 2007 – 2 BvL 11/04 – wurden die Wartefristen für die Berechnung der Pensionen neu festgesetzt. Die Problematik um die Frage der Ausübung eines Beförderungsamtes hinsichtlich des Anspruches auf Versorgung wurde dabei angerissen, aber nicht entschieden, weil der Kläger zum damaligen Zeitpunkt dieser Problematik nicht unterlag.

Mit Rechtsschutz der Gewerkschaft der Polizei versuchte der Kläger, beim Verwaltungsgericht eine Neufestsetzung seiner Versorgungsbezüge zu erreichen. Dies blieb erfolglos, es gab ein abschlägiges Urteil des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtes. Die Rechtsschutzkommission beschloss über ein Berufungszulassungsverfahren, doch noch in die nächste Instanz zu kommen. Gleichzeitig wurde beim GdP-Bundesvorstand ein Antrag gestellt, dieses Verfahren als Musterprozess anzuerkennen.

